

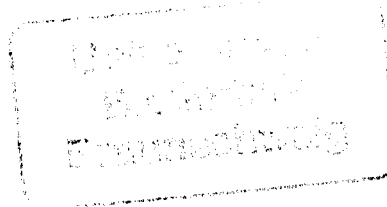
TU-Verteiler 3  
Abteilung 36 (20 Ex)

Aushang

Nr. 210  
20.12.2001

Herausgegeben vom  
Präsidenten der  
Technischen Universität  
Carolo-Wilhelmina  
zu Braunschweig

Redaktion:  
TU-Abteilung 36  
Pockelsstraße 14  
38106 Braunschweig  
Tel. 0531/391-4308  
Fax 0531/391-4575



## Satzung des Studentenwerks Braunschweig

Hiermit wird die vom Verwaltungsrat des Studentenwerks Braunschweig beschlossene und vom Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur mit Erlaß vom 09.08.2001 (Az: 22D-72102/1(BS)) genehmigte Satzung des Studentenwerks Braunschweig hochschulöffentlich bekanntgemacht.

Die Satzung tritt gemäß ihrem § 15 am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung, am 21.12.2001, in Kraft.



# Satzung des Studentenwerks Braunschweig

## I. Abschnitt

### Allgemeine Vorschriften

#### § 1

#### Rechtsstellung, Aufgaben und Zuständigkeit

- (1) Das Studentenwerk Braunschweig mit Sitz in Braunschweig ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Das Studentenwerk Braunschweig verfolgt unmittelbar gemeinnützige oder mildtätige Zwecke i. S. des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO) durch wirtschaftliche, gesundheitliche, soziale und kulturelle Förderung der Studierenden der

1. Technischen Universität Braunschweig,
2. der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig,
3. der Universität Hildesheim,
4. der Universität Lüneburg,
5. der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel,
6. der Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen  
- Fachbereiche in Hildesheim und Holzminde -
7. der Fachhochschule Nordostniedersachsen.

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben bekennt sich das Studentenwerk zu den Grundsätzen des schonenden Umgangs mit natürlichen Ressourcen und des nachhaltigen Wirtschaftens.

- (2) Die Aufgaben werden als Selbstverwaltungsaufgaben wahrgenommen, soweit sie dem Studentenwerk nicht auf Grund eines Gesetzes als Auftragsangelegenheit übertragen werden.
- (3) Das Studentenwerk arbeitet mit den Hochschulen und insbesondere mit den Studierendenschaften bei der Erfüllung seiner Aufgaben zusammen. Studentenwerk und Hochschulen wollen sich im Rahmen ihrer Möglichkeit gegenseitig bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen.
- (4) Die Satzungszwecke werden verwirklicht insbesondere durch
1. Planung, Bau, Verwaltung und Unterhaltung von Wohnheimen sowie durch Verwaltung und Vermittlung von Wohnraum für Studierende,
  2. den Bau und die Verwaltung von Kinderkrippen und Kindergärten,
  3. die Unterhaltung von Verpflegungsbetrieben und Studentenhäusern,
  4. die Durchführung der staatlichen Ausbildungsförderung im Auftrag der Technischen Universität Braunschweig bei Kostenerstattung durch das Land Niedersachsen,
  5. Maßnahmen der studentischen Gesundheits- und Sozialfürsorge, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung,

- 6. Maßnahmen zur kulturellen Förderung der Studierenden,
  - 7. die Gewährung von Darlehen an Studierende.
- (5) Das Studentenwerk ist berechtigt, im Rahmen des NDSG und des Bundesdatenschutzgesetzes personenbezogene Daten zu erheben und zu verarbeiten.
  - (6) Das Studentenwerk unterrichtet die Öffentlichkeit über seine Arbeit.
  - (7) Das Studentenwerk wirkt im Rahmen seiner Aufgaben bei der Fortentwicklung des Hochschulbereichs mit.
  - (8) Das Studentenwerk führt ein Dienstsiegel mit der Umschrift „Studentenwerk Braunschweig“.
  - (9) Die Einrichtungen des Studentenwerks können mit Zustimmung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (Ministerium) auch anderen Personen oder Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, soweit dies mit den Aufgaben nach Absatz 1 vereinbar ist.

## § 2

### Gemeinnützigkeit

- (1) Das Studentenwerk ist selbstlos tätig; es verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Die steuerbegünstigten wirtschaftlichen Betriebe des Studentenwerks sind so einzurichten und zu führen, dass die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit beachtet werden. Derartige Betriebe sollen regelmäßig nur unterhalten werden, wenn sie Zweckbetriebe (§§ 65 und 68 AO) oder Einrichtungen der Wohlfahrtspflege (§ 66 AO) darstellen, die nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind.
- (3) Mittel des Studentenwerks dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Studentenwerks fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (4) Die gemeinnützigkeitsrechtliche Zweckbindung für die einzelnen Betriebe gewerblicher Art sind spezifiziert in den Richtlinien für die Geschäftsführung festzulegen. Soweit Einrichtungen der Wohlfahrtspflege (§ 66 AO) bestehen, müssen mildtätige Zwecke unter Beachtung von § 53 AO verfolgt werden.

## **II. Abschnitt**

### **Finanzierung und Wirtschaftlichkeit**

#### **§ 3**

##### **Aufbringung der Mittel**

- (1) Die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel erhält das Studentenwerk
  1. durch Leistungsentgelte,
  2. durch die Finanzhilfe des Landes gemäß § 145 NHG,
  3. durch Beiträge der Studierenden gemäß Beitragsordnung,
  4. durch Zuwendungen Dritter.
- (2) Die Studierenden der im Zuständigkeitsbereich des Studentenwerks Braunschweig gelegenen Hochschulen haben einen Studentenwerksbeitrag zu entrichten, dessen Höhe in einer Beitragsordnung durch den Verwaltungsrat festgesetzt wird.

#### **§ 4**

##### **Wirtschaftsführung**

- (1) Wirtschaftsführung und Rechnungswesen entsprechen kaufmännischen Grundsätzen. Die rechtlichen Bestimmungen und die dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften sind zu beachten.
- (2) Die Wirtschaftsführung des Studentenwerks richtet sich nach einem von dem Studentenwerk jährlich aufzustellenden Wirtschaftsplan. Der Jahresabschluss ist von einem Wirtschaftsprüfungsunternehmen zu prüfen.
- (3) Das Geschäftsjahr beginnt mit dem 1. Januar und schließt mit dem 31. Dezember.

### **III. Abschnitt**

#### **Organe des Studentenwerks**

##### **§ 5**

##### **Organe**

Organe des Studentenwerks sind

1. der Verwaltungsrat,
2. der Vorstand,
3. die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer.

Im Verwaltungsrat und Vorstand sind Frauen angemessen zu beteiligen.

##### **§ 6**

##### **Verwaltungsrat**

(1) Der Verwaltungsrat hat folgende Aufgaben:

1. die Wahl der oder des Vorstandsvorsitzenden,
2. die Bestellung und Entlassung der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers und der stellvertretenden Geschäftsführerin oder des stellvertretenden Geschäftsführers sowie die Regelung ihrer Dienstverhältnisse,
3. den Erlass der Satzung und der Beitragsordnung,
4. die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan,
5. die Bestellung eines Wirtschaftsprüfungsbüros,
6. die Entlastung der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers auf Grund der geprüften Jahresrechnung (§ 109 LHO),
7. die Berufung von Beiräten für die vom Studentenwerk betreuten Hochschulen.

(2) Der Verwaltungsrat besteht aus: \*)

1. der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden; der Vorsitz des Verwaltungsrates obliegt der Leitung der Hochschule mit der größten Anzahl von Studierenden, die von dem Studentenwerk betreut werden. Die Vertretung erfolgt nach § 89 Abs. 4 Satz 2 Halbsatz 1 NHG
2. 3 Studierenden,
3. drei nichtstudentischen Hochschulmitgliedern, davon mindestens zwei Angehörigen der Professorengruppe,
4. zwei Mitgliedern aus den Bereichen der Wirtschaft oder der Verwaltung,
5. zwei Beschäftigten des Studentenwerks mit beratender Stimme,
6. je einer oder einem Studierenden der Hochschulstandorte, die nicht nach Nr. 2 Mitglieder entsenden, als beratendes Mitglied.

\*) Zur Zeit besteht der Verwaltungsrat aus 8 stimmberechtigten Studierenden und 8 stimmberechtigten nichtstudentischen Hochschulmitgliedern, davon jeweils

- 2 der Technischen Universität Braunschweig
- 1 der Universität Lüneburg
- 1 Universität Hildesheim
- 1 der HBK Braunschweig
- 1 der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
- 1 der Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen
- 1 der Fachhochschule Nordostniedersachsen

- (3) Die Amtszeit der Mitglieder des Verwaltungsrates nach Abs. 2 Nrn. 2 bis 6 beträgt 2 Jahre. Sie beginnt am 1. Januar eines Jahres und endet am 31. Dezember des darauf folgenden Jahres. Findet bis zum Ablauf der Amtszeit keine Neuwahl statt, so bleiben die bisherigen Mitglieder bis zur Neuwahl, längstens jedoch bis zum 30.04. des Folgejahres, im Amt. Ändert sich das Verhältnis der Zahl der Studierenden der einzelnen Hochschulen in der Weise, dass eine andere Besetzung des Verwaltungsrates in Betracht käme, gilt nach Ablauf der Amtszeit § 143 Abs. 6 Sätze 3 bis 5 NHG unmittelbar. Die oder der Vorsitzende hat die Verhältnisse vor Beginn einer neuen Amtszeit von Amts wegen zu prüfen.
- (4) Die oder der Vorsitzende beruft mindestens einmal im Jahr den Verwaltungsrat ein; die Einberufung muss den Mitgliedern mindestens 14 Tage vor der Sitzung unter Angabe der Tagesordnungspunkte zugehen. Die oder der Vorsitzende hat den Verwaltungsrat innerhalb einer Frist von drei Wochen zu einer Sitzung einzuberufen, wenn ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder dies unter Angabe der zu behandelnden Tagesordnungspunkte wünscht.
- (5) Die Mitglieder des Vorstands und die Kanzlerinnen oder die Kanzler der Hochschulen nehmen an den Sitzungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teil.
- (6) Die Mitglieder des Verwaltungsrates nach Absatz 2 Nr. 2 und Nr. 6 werden von den Studentenparlamenten gewählt. Die Mitglieder nach Absatz 2 Nr. 3 werden von den Senaten gewählt; die Studierenden sind hierbei nicht wahlberechtigt. Die Anzahl der von den einzelnen Hochschulen zu wählenden Mitglieder ist entsprechend der Zahl der vom Studentenwerk zu betreuenden Studierenden nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt zu ermitteln. Maßgebend ist die Anzahl der Studierenden im vorangegangenen Semester. Ist nach durchgeführter Wahl eine Hochschule nicht vertreten, so erhöht sich gemäß § 143 Abs. 6 Satz 5 NHG die Mitgliederzahl um je ein Mitglied nach Absatz 2 Nrn. 2 und 3. Die Mitglieder nach Absatz 2 Nr. 4 werden von der oder dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates auf Vorschlag der Verwaltungsratsmitglieder nach Absatz 2 Nrn. 2 und 3 bestellt. Die Mitglieder nach Absatz 2 Nr. 5 werden von den Bediensteten des Studentenwerks gewählt.
- (7) Für den Fall des Ausscheidens oder der Verhinderung eines Verwaltungsratsmitgliedes kann durch das jeweils wahlberechtigte Gremium gleichzeitig eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter gewählt werden.

- (8) Die Wiederwahl und Wiederbestellung eines Mitgliedes ist zulässig.
- (9) Eine Abwahl und Abbestellung ist unzulässig.

## § 7

### Vorstand

- (1) Der Vorstand beschließt über diejenigen Angelegenheiten, die weder der Beschlussfassung des Verwaltungsrates bedürfen noch der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer obliegen. Zu den Aufgaben des Vorstand gehören:
  - 1. Vorbereitung von Beschlüssen des Verwaltungsrates,
  - 2. Erlass von Richtlinien für die Geschäftsführung des Studentenwerks,
  - 3. Zustimmung zur Einstellung und Entlassung von Beschäftigten ab VerGr. IV a BAT; bei außerordentlichen Kündigungen findet § 8 Abs. 4 der Satzung Anwendung,
  - 4. Zustimmung zum Erwerb, zu der Veräußerung und der Belastung von Grundstücken und Grundstücksteilen,
  - 5. Zustimmung zur Aufnahme von Darlehen und zur Übernahme von Bürgschaften,
  - 6. Vorschläge für die weitere Entwicklung des Studentenwerks.
- (2) Der Vorstand besteht aus
  - 1. der oder dem Vorsitzenden,
  - 2. drei Studierenden,
  - 3. drei nichtstudentischen Hochschulmitgliedern, davon mindestens zwei Angehörigen der Professorengruppe,
  - 4. der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer mit beratender Stimme.
- (3) Die Vorstandsmitglieder nach Absatz 2 Nrn. 2 und 3 werden jeweils von den Mitgliedern des Verwaltungsrates nach § 6 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 gewählt. § 6 Abs. 7 bis 9 gilt entsprechend. Die Vorstandsmitglieder und die in entsprechender Anwendung von § 6 Abs. 7 zu wählenden Stellvertreter dürfen nicht dem Verwaltungsrat angehören. Die oder der Vorsitzende darf weder Mitglied noch Angehörige oder Angehöriger einer Hochschule sein, deren Studierende von dem Studentenwerk betreut werden.
- (4) Die nach Absatz 3 gewählten Mitglieder des Vorstands wählen aus ihrer Mitte die stellvertretende Vorsitzende oder den stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes.
- (5) Der Vorstand tritt mindestens zweimal im Semester zusammen; die Einberufung durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden muss den Mitgliedern mindestens 14 Tage vor der Sitzung unter Angabe der Tagesordnung zugehen. § 6 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.
- (6) Die Mitglieder des Vorstandes werden für 2 Jahre gewählt. Die Amtszeit beginnt jeweils am 1. Januar und endet am 31. Dezember des darauf folgenden Jahres.

Findet bis zum Ablauf der Amtszeit keine Neuwahl statt, so bleiben die bisherigen Mitglieder bis zur Neuwahl, längstens jedoch bis zum 30.04. des Folgejahres, im Amt.



## § 8

**Geschäftsführung****(1) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer**

1. leitet die Verwaltung und vertritt das Studentenwerk in allen Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten sowie in gerichtlichen Verfahren,
2. stellt die Jahresrechnung nach § 109 LHO auf,
3. bereitet die Beschlüsse des Vorstands vor,
4. führt den Wirtschaftsplan des Studentenwerks aus,
5. übt in den Räumlichkeiten des Studentenwerks das Hausrecht aus
6. und berichtet dem Vorstand und dem Verwaltungsrat regelmäßig über wesentliche Angelegenheiten.

(2) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der Bediensteten des Studentenwerks. Auf das Arbeitsverhältnis der im Dienst des Studentenwerks stehenden Beschäftigten finden die für Beschäftigte des Landes Niedersachsen getroffenen tariflichen Vereinbarungen entsprechende Anwendung, solange kein Tarifvertrag für die Studentenwerke in Niedersachsen abgeschlossen ist.

(3) Aufgaben, die dem Studentenwerk als Auftragsangelegenheiten übertragen sind, obliegen ausschließlich der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer, soweit nicht auf Grund von Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmt ist.

(4) In dringenden Fällen, in denen eine Entscheidung des zuständigen Organs nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, trifft die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer die erforderlichen Maßnahmen selbst und unterrichtet das zuständige Organ unverzüglich von den getroffenen Maßnahmen. Dieses kann die Maßnahmen aufheben; entstandene Rechte Dritter bleiben unberührt.

(5) Hält die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer einen Beschluss oder eine andere Maßnahme eines Organs für rechtswidrig, so hat sie oder er den Beschluss oder die Maßnahme zu beanstanden und auf Abhilfe zu dringen. Beanstandete Maßnahmen dürfen nicht vollzogen werden. Wird keine Abhilfe geschaffen, so ist das Ministerium unverzüglich zu unterrichten. Die Beanstandung entfällt, sobald das zuständige Organ Abhilfe geschaffen oder das Ministerium entschieden hat.

(6) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer kann in dringenden Fällen die kurzfristige Einberufung von Vorstand und Verwaltungsrat fordern und verlangen, dass über bestimmte Angelegenheiten beraten und entschieden wird.

(7) Die oder der Vorsitzende des Verwaltungsrates und die oder der Vorsitzende des Vorstands vertreten das Studentenwerk im Rahmen der Aufgabenzuordnung gemäß § 6 Abs. 1 und § 7 Abs. 1 gegenüber der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer.

(8) Ist die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer verhindert, wird das Studentenwerk von der stellvertretenden Geschäftsführerin oder dem stellvertretenden Geschäftsführer vertreten.

**§ 8 a****Aufgaben und Zusammensetzung der Beiräte**

- (1) Hat der Verwaltungsrat von seiner Ermächtigung, Beiräte zu berufen, Gebrauch gemacht, so haben diese die Aufgabe, den Vorstand und die Geschäftsführung im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit bei der Verwirklichung des Satzungsauftrages zu unterstützen.
- (2) Die Beiräte bestehen aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern:
1. je einem Vertreter der Allgemeinen Studentenausschüsse der jeweiligen Hochschulen,
  2. den Verwaltungsrats- und Vorstandsmitgliedern der jeweiligen Hochschulen,
  3. der jeweiligen Außenstellenleitung und einem weiteren Bevollmächtigten der Geschäftsführung des Studentenwerks,
  4. dem vom Personalrat des Studentenwerks bestimmten Mitglied der Personalvertretung.

Hinzukommen können weitere vom Beirat gewählte Vertreter sozialer Einrichtungen mit beratender Stimme.

- (3) Ist die Geschäftsführung durch den Verwaltungsrat ermächtigt worden, über bestimmte Budgets im Rahmen der Zweckbindung zu verfügen, so soll die Geschäftsführung die Beiräte beauftragen, nach Maßgabe des Beschlusses des Verwaltungsrates Empfehlungen für die Verteilung der Mittel abzugeben; Abweichungen von den Empfehlungen sind schriftlich zu begründen und den Beiräten bekannt zu geben.
- (4) Der jeweilige Beirat wählt aus seiner Mitte seine Vorsitzende oder seinen Vorsitzenden, die oder der in Abstimmung mit der Geschäftsführung die Sitzungen einberuft und die vorläufige Tagesordnung festsetzt.
- (5) Die Beiräte tagen wenigstens einmal im jeweiligen Semester. Die Geschäftsordnung des Vorstandes gilt entsprechend.

**§ 9****Haftung**

Für die Mitglieder der Organe des Studentenwerks und die Geschäftsführerin oder den Geschäftsführer gilt § 86 NBG entsprechend, soweit sie nicht nach anderen Vorschriften haften.

## **IV. Abschnitt**

### **Verfahren**

#### **§ 10**

##### **Rechtsstellung der Mitglieder von Verwaltungsrat und Vorstand**

- (1) Die Mitglieder eines Organs haben durch ihre Mitarbeit dazu beizutragen, dass das Organ seine Aufgaben wirksam erfüllen kann. Sie sind bei der Ausübung ihres Stimmrechts an Weisungen und Aufträge nicht gebunden.
- (2) Alle Mitglieder eines Organs haben das gleiche Stimmrecht. Wer einem Organ mit beratender Stimme angehört, hat mit Ausnahme des Stimmrechts alle Rechte eines Mitgliedes.
- (3) An der Beratung und Entscheidung von Angelegenheiten nehmen Mitglieder des Verwaltungsrates und des Vorstands nicht teil, wenn Angelegenheiten ihnen selbst, ihren Ehegatten, ihren Verwandten bis zum dritten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grade oder von ihnen kraft Gesetzes oder kraft Vollmacht vertretenen Personen einen besonderen persönlichen Vorteil oder Nachteil bringen könnten.

#### **§ 11**

##### **Wahlen**

- (1) Es wird nach den Grundsätzen der mit der Personenwahl verbundenen Listenwahl gewählt. Bei der Vergabe der Sitze richtet sich die Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber auf ihrer Liste nach der Zahl der auf sie entfallenden Stimmen. Einzelwahlvorschläge sind zulässig. Nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl wird gewählt, wenn
  1. nur Einzelwahlvorschläge vorliegen,
  2. nur ein Listenwahlvorschlag vorliegt oder
  3. nur ein Mitglied zu wählen ist.
- (2) Nicht besetzbare Sitze bleiben unbesetzt.

#### **§ 12**

##### **Öffentlichkeit**

- (1) Vorstand und Verwaltungsrat tagen in nichtöffentlicher Sitzung. Die Öffentlichkeit kann durch Beschluss zugelassen werden. Zuhörende sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen.

- (2) Personalangelegenheiten werden in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden. Entscheidungen in Personalangelegenheiten werden in geheimer Abstimmung getroffen. Die Beschlüsse werden vertraulich behandelt, soweit das jeweilige Organ nicht etwas anderes beschließt.
- (3) Grundstücks- und Wirtschaftsangelegenheiten werden in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden, wenn durch ihre Behandlung in öffentlicher Sitzung dem Land, dem Studentenwerk oder den in diesen Angelegenheiten beteiligten oder von ihnen betroffenen natürlichen oder juristischen Personen Nachteile entstehen könnten.
- (4) Die oder der Vorsitzende übt das Hausrecht im Sitzungsraum aus; § 8 Abs. 1 Nr. 5 bleibt unberührt.

### § 13

#### Beschlüsse

- (1) Vorstand und Verwaltungsrat sind beschlussfähig, wenn die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Die Sitzungsleiterin oder der Sitzungsleiter stellt die Beschlussfähigkeit zu Beginn der Sitzung fest. Das Organ gilt sodann, auch wenn sich die Zahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder im Laufe der Sitzung verringert, als beschlussfähig, solange nicht ein Mitglied Beschlussunfähigkeit geltend macht; dieses Mitglied zählt bei der Feststellung, ob das Organ noch beschlussfähig ist, zu den anwesenden Mitgliedern.
- (2) Stellt die Sitzungsleiterin oder der Sitzungsleiter eines Organs in der Sitzung deren Beschlussunfähigkeit fest, so beruft sie oder er zur Behandlung der nicht erledigten Tagesordnungspunkte eine zweite Sitzung ein, die innerhalb von drei Wochen stattfinden muss. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig; hierauf ist bei der Einladung hinzuweisen.
- (3) Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst, soweit durch die Satzung nichts anderes bestimmt ist. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Ein Beschluss kommt nicht zustande, wenn mehr als die Hälfte der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder eine ungültige Stimme abgeben oder sich der Stimme enthalten hat. Auf Antrag ist das Votum einer Minderheit dem Beschluss beizufügen.
- (4) Soweit für einen Beschluss nur Teile eines Organs stimmberechtigt sind, findet Absatz 1 nur hinsichtlich dieser stimmberechtigten Mitglieder Anwendung.
- (5) Wird die Wahl eines Organs oder einzelner Mitglieder von Organen für ungültig erklärt oder ändert sich die Zusammensetzung auf Grund einer Nachwahl, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der vorher gefassten Beschlüsse und vorgenommenen Amtshandlungen dieser Organe.

## **V. Abschnitt**

### **Schlussvorschriften**

#### **§ 14**

##### **Auflösung der Anstalt**

Bei der Auflösung der Anstalt fällt das verbleibende Vermögen an die Hochschulen des Zuständigkeitsbereichs des Studentenwerks Braunschweig anteilmäßig nach der Zahl der immatrikulierten Studierenden. Die Hochschulen verwenden es ausschließlich und unmittelbar für die satzungsgemäßen Zwecke.

#### **§ 15**

##### **Inkrafttreten**

- (1) Die Satzung wird vom Verwaltungsrat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen und zugleich der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder des Verwaltungsrates beschlossen.
- (2) Die Satzung bedarf der Genehmigung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur. Sie tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.
- (3) Für die Änderung der Satzung gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.
- (4) Die Satzung des Studentenwerks Braunschweig, Bek. vom 13.10.1994 (Nds. MBl. 1995, S. 135), geändert durch Bek. vom 20.01.1997 (Nds. MBl. S. 153), wird aufgehoben.